



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Befristungsunwesen für Lehrkräfte endlich beenden – keine Entlassung zu Beginn der Sommerferien!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Befristungsunwesen zu beenden und befristet angestellte Lehrkräfte künftig nicht mehr zu Beginn der Sommerferien zu entlassen. Zudem gilt es, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die große Zahl an befristeten Beschäftigungsverhältnissen von Lehrkräften abzubauen, diese in feste Stellen umzuwandeln und damit nicht nur prekären Lebensverhältnissen aufseiten der angestellten Lehrkräfte vorzubeugen, sondern auch die für den Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern notwendige Kontinuität der Lehr- und Bezugspersonen in der Schule sicherzustellen.

Begründung:

Eines der gravierendsten Probleme des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus ist die Personalpolitik: Vielfach kam es in jüngster Zeit zu Engpässen in der Unterrichtsversorgung. Während beispielsweise die Wartelisten für angehende Lehrkräfte noch vor einigen Jahren im Bereich der Grund- und Mittelschulen überfüllt waren und viele hochqualifizierte Absolventen keine Stelle erhielten, sind die Wartelisten nun vollkommen leergefegt. Es kommt und kam in der vergangenen Zeit immer wieder zu extremem Lehrermangel an diesen Schularten. Es ist nachvollziehbar, wenn die Staatsregierung den Anstieg des Personalbedarfs durch befristete Anstellungsverhältnisse zu kompensieren versucht. Grundsätzlich muss jedoch verhindert werden, dass es zu einem stetigen Anstieg von befristeten Stellen im Lehrbereich kommt. Das gilt insbesondere, wenn dieser Anstieg auf langfristige

und wiederkehrende Planungsmängel und eine grundsätzlich zu knappe Personalbemessung vonseiten des Staatsministeriums zurückzuführen ist.

So stieg die Zahl der befristet Beschäftigten beispielsweise zwischen 2012 und 2016 an Grund- und Mittelschulen um knapp 50 Prozent, an Realschulen sogar um etwa 69 Prozent. Angesichts einer solchen Größenordnung lässt sich weniger ein kurzfristiger und unvorhersehbarer Anstieg des Personalbedarfs vermuten, vielmehr muss der Staatsregierung hier beinahe System unterstellt werden, auf Kosten von Lehrkräften, aber auch Schülerinnen und Schülern an absolut falscher Stelle eine Sparpolitik zu betreiben, die langfristig Konsequenzen für unsere gesamte Gesellschaft hat.

Der Lehrberuf gehört zu den wichtigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben, die es im Staatsdienst gibt. Lehrkräfte haben zentrale Bildungs- und Erziehungsaufgaben und tragen damit zur Stabilität unserer Gesellschaft und zur Gestaltung unserer Zukunft bei. Dabei spielt insbesondere die Beziehungsqualität zwischen allen am Unterricht und Schulgeschehen beteiligten Personen eine wesentliche Rolle, wenn es um ein positives Arbeits- und Schulklima sowie den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern geht. Nicht gelingende Beziehungsgestaltung kann dagegen die Unterrichtsarbeit und damit den Wissenstransfer und die Persönlichkeitsbildung gravierend beeinträchtigen. Um jedoch eine vertrauensvolle Basis und damit eine lernförderliche Beziehung zwischen Lehrkräften und Schülerinnen bzw. Schülern herstellen zu können, ist dringend die Kontinuität des Lehrpersonals notwendig. Dies gelingt aber nicht, wenn die Fluktuation des Lehrpersonals an Schulen durch eine Vielzahl an teils nur kurz befristeten Lehrkräften stetig steigt.

Gleichzeitig schaden prekäre Anstellungsverhältnisse und die damit verbundenen Sorgen um die eigene Stelle sowohl der Arbeitszufriedenheit als auch der Qualität des Schul- und Unterrichtsklimas. Denn ständige Stressfaktoren und die Sorgen, wie man in den Sommerferien ohne Gehalt für seinen Lebensunterhalt sorgen soll oder ob man im kommenden Schuljahr wieder eine Stelle erhält, können langfristig nicht nur der Arbeitsleistung, sondern auch der Gesundheit von Lehrkräften schaden.

Die Staatsregierung konterkariert mit ihrer Personalpolitik und insbesondere mit den Entlassungen zu Beginn der Sommerferien ihre Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, wenn sie erst um Lehrkräfte wirbt, viele Junglehrkräfte dann aber nach ihrer Ausbildung auf der Straße stehen lässt oder sie in

prekäre Anstellungsverhältnisse bringt. Der Staatsregierung sollte daran gelegen sein, ihre soziale Vorbildfunktion zu wahren, da die Attraktivität des Lehrberufs in Bayern ansonsten auf lange Sicht erheblichen Schaden nehmen wird und junge Menschen in Zukunft zunehmend die Stellen in der freien Wirtschaft dem Staatsdienst vorziehen werden. Dass wir diese Lehrkräfte aber dringend brauchen, ist angesichts des

gravierenden Mangels an einigen Schularten, der immer noch zu großen Klassen an Bayerns Schulen sowie den zahlreichen Herausforderungen, wie der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft, der Notwendigkeit einer stärkeren Individualisierung von Lernangeboten sowie einer inklusiven und integrativen Ausrichtung aller Schularten, unbestritten.